

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

52 (9.7.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 52

F B S

Mittwoch, 9. Juli 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Europa darf nicht abdanken

Internationale Zusammenarbeit nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung möglich

Paris. In der Erklärung, die Außenminister Molotow am Mittwoch vor der Dreierkonferenz abgab, heißt es: Es soll eine neue Organisation geschaffen werden, die über den europäischen Ländern steht und in deren inneren Angelegenheiten einzugreifen berechtigt sein soll. Sie soll vor allem das Recht haben, den europäischen Ländern Anweisungen für den Aufbau der wichtigsten Industrien zu geben. Dabei wollen sich England und Frankreich gemeinsam mit ihren Nachbarländern eine Vormachtstellung in dieser Organisation sichern. Es ist nicht festgelegt, daß die vorgeschlagene Organisation nicht in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten eingreifen oder gar deren Souveränität antasten darf. Vielmehr würde der Vorschlag die europäischen Länder zu kontrollierten Staaten machen, die ihre alte wirtschaftliche und nationale Unabhängigkeit einbüßen würden, um die Machtbestrebungen gewisser Großmächte zu befriedigen. Man will den Ländern Kredite zusprechen, wenn sie sich den Wünschen der Organisation und seines Direktionskomitees fügen.

Internationale Zusammenarbeit

Die sowjetische Regierung — sagte Molotow weiter — kann sich nicht in diesem Sinne festlegen. Sie hält weiterhin an ihren Vorschlägen fest, die der Konferenz am 30. Juni unterbreitet wurden. Nach ihrer Ansicht widerspricht es nämlich den Interessen der europäischen Länder, wenn die wesentlichste Rolle bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas den Vereinigten Staaten und nicht den europäischen Ländern selbst zugesprochen wird. Dieses Prinzip ist unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität. Die nationale Initiative der einzelnen Länder muß der Hilfe übergeordnet bleiben. Die Sowjetunion zählte auch unter den schwierigsten Bedingungen immer und vor allem auf ihre eigenen Kräfte und sein wirtschaftlicher Aufstieg ist in vollem Gange.

Molotow stellte dann das System der internationalen Zusammenarbeit auf der Basis gleichen Rechtes für alle Beteiligten dem System gegenüber, das auf einer Vorrangstellung einer oder mehrerer Großmächte beruht, und die kleineren Länder unterordnet und ihrer Unabhängigkeit beraubt. Die sowjetische Regierung hält sich strikt an eine internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichen Rechtes und gegenseitiger Wahrung der Interessen der Vertragspartner. Sie weigert sich, den englisch-französischen Plan anzunehmen, weil er die Bildung einer Organisation vorsieht, die in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten anzugreifen befugt ist.

Um die deutsche Einheit

Im übrigen wirft der englisch-französische Vorschlag die Frage Deutschlands und der Ausnutzung der deutschen Industrie und Bodenschätze auf, noch bevor die Reparationsansprüche

Gegen legale Konterrevolution

KPD Hessen zieht Mitarbeiter in Säuberung zurück

Wiesbaden. Im Hessischen Landtag gab die kommunistische Fraktion nach einer scharfen Kritik an der bisherigen Durchführung des Befreiungsgesetzes ihren Beschluß bekannt, den Mitgliedern der Partei zu empfehlen, sich aus den Spruchkammern zurückzuziehen. Die Abg. Bauer, Keil und Carlebach stellten fest, im Vordergrund müsse die Sicherung des demokratischen Aufbaus, nicht die Sühne im Säuberungsverfahren stehen. Durch systematische Begünstigung großer Nutznießer des Naziregimes von oben herunter sei aus der „legalen Revolution mit Hilfe des Gesetzes“, von der der Befreiungsminister gesprochen habe, im Gegenteil die „Verwirklichung der legalen Konterrevolution“ geworden. Die Wiederbeteiligung der Kommunisten sei abhängig von der Erfüllung ihrer Hauptforderungen: Aufstellung einer Liste der Hauptschuldigen durch die Parteien und die Gewerkschaft; vordringliche Aburteilung der Betroffenen durch neuerrichtete Kammern und Aufheben der Diskriminierung der kleinen Pgs.

Minister Binder erklärte, nach dem augenblicklichen Verfahrensgang nehme die Säuberung noch 3 bis 4 Jahre in Anspruch. Der Landtag richtete abschließend, nach der insgesamt einträglichen und lebhaften Diskussion, eine Entschließung an General Clay, die folgende Änderungen des Befreiungsgesetzes wünscht: 1. Nominelle Pgs werden in der Klageschrift als Mitläufer eingestuft. Dadurch kann eine große Zahl Fälle im Schnellverfahren durchgeführt werden; 2. Lockerung des vorläufigen Beschäftigungsverbots für die „Nominellen“; 3. Lochung der Kennkarten nur noch für die Hauptschuldigen und Aktivisten.

der durch den deutschen Angriff geschädigten Länder befriedigt sind.

Andererseits wird nichts getan, um die Bildung einer allgemeinen deutschen Regierung zu beschleunigen, die besser als irgend jemand anders für die Erfordernisse des deutschen Volkes sorgen könnte. Im Gegenteil, in den Westzonen Deutschlands wird eine föderalistische Politik getrieben und die Politik der wachsenden Isolierung des westdeutschen Gebietes von dem übrigen Deutschland fortgesetzt, was mit der tatsächlichen Wiederherstellung Deutschlands als einheitlichen demokratischen Staates und Mitglieds der Familie der friedensliebenden Staaten Europas unvereinbar ist.

Spaltung in Ost und West

Die Bildung einer Sonderorganisation oder eines Direktionskomitees, das einen gesamt-europäischen Wirtschaftsplan auszuarbeiten hätte, kann zu nichts Gutem führen, schloß Molotow seine Ausführungen. Die Folge davon würde sein, daß Frankreich und England sowie eine Gruppe von Ländern, die sich ihnen anschließen, sich von den übrigen europäischen Staaten absondern. Europa würde in zwei Blocks zerspalten und die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen würden auf neue Schwierigkeiten stoßen. In diesem Falle werden die amerikanischen Kredite nicht dem Ziele des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas dienen, sondern dem Ziel, einige europäische Länder gegen andere europäische Länder auszuspielen, wie es einige starke, die Vorherrschaft anstrebende Mächte in ihrem Interesse wünschen.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vor den Folgen von Maßnahmen zu warnen, die nicht die Vereinheitlichung der Bemühungen der europäischen Länder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege bezwecken, sondern zu ganz anderen Ergebnissen führen, die mit den wahren Interessen der Völker Europas nichts gemein haben.

Neue Konferenz am 12. Juli

Paris. Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens sandten nach dem Scheitern der Pariser Konferenz Einladungen an 22 europäische Nationen, mit denen diese Staaten zum 12. Juli nach Paris eingeladen werden.

Die Badischen Gewerkschaften rüsten zum ersten Bundestag

Ab Freitag, den 18. bis Sonntag, den 20. Juli, findet in Freiburg im alten Kaufhaus der erste Bundestag der Bad. Gewerkschaften statt. Die inzwischen 80 000 Mitglieder zählende Bewegung hat in knapp einjährig Jahren diese mächtige Organisation aufgebaut und mit dem Bundestag das Dach auf die bereits seit langem bestehenden 13 Industriegewerkschaften des Landes gesetzt. Auf dieser Tagung wird die weitere Marschroute von den aus dem ganzen Lande erscheinenden und auf Landeskonferenzen der Industrie-Gewerkschaften gewählten Delegierten festgelegt, und die neuen Mitglieder des Vorstandes gewählt.

Die Organisation steht! Jetzt gilt es, sie richtig und zielbewußt im Interesse ihrer Mitglieder einzusetzen und die noch Absichtstehenden zu gewinnen.

Die Vorbereitungen der Tagung sind in vollem Gange und die Freiburger Gewerkschaftsfunktionäre haben alle Hände voll zu tun, um auch den äußeren Rahmen zum Gelingen dieser Konferenz zu schaffen. An alles ist gedacht worden. Früher war es leicht, 150 bis 200 Teilnehmer in einer Stadt wie Freiburg unterzubringen, zu verpflegen und für ihr leibliches Wohl zu sorgen. Aber heute? Eine Verpflegungskommission wird ihr Möglichstes tun. Ueberlassen wir es dem Urteil der Delegierten, ob sie ihre Arbeit gut gemacht haben.

Der Freiburger Ortsausschuß hat die Abendfestveranstaltung im Saale Maria Hilf übernommen, zu deren Ausgestaltung sich hervorragende Künstler unserer Stadt bereit erklärt haben.

In den nächsten Tagen werden den Delegierten ihre Mandatskarten zugestellt, sämtliche eingegangene Anträge werden ihnen unterbreitet, damit sie noch genügend Zeit zu ihrer Vorbereitung haben.

Die Tagung beginnt am Freitag-Nachmittag mit einer Eröffnungsfeier, umrahmt von einigen musikalischen und gesanglichen Darbietungen. Eine Reihe von Gästen der Militärregierung, der Badischen Regierung und Behörden, der befreundeten Organisationen des In- und Auslandes, sowie Vertreter anderer Gewerkschaftsverbände, werden ihre Begrüßungs-

den. Dem sowjetischen Botschafter in Paris, Bogomolow, wurde eine Abschrift der Einladungen zugestellt. Die USA wurden von dem anglo-französischen Schritt unterrichtet.

Stimmen zu Paris

Oesterreich

Die „Volksstimme“ schreibt, daß der Marshall-Plan den Versuch darstelle, die österreichische Industrieherstellung herunterzuschrauben und „das Land in einen Markt für britische und amerikanische Güter zu verwandeln.“

„Die Stellung eines Landes wie Oesterreich“, so fährt das Blatt fort, „würde praktisch der einer Kolonie ähnlich sein.“

Ungarn

Nach Wiener Presseberichten haben die ungarischen Sozialdemokraten bereits zu erkennen gegeben, daß sie nicht willens sind, ihren nationalen Wiederaufbauplan um den Preis zu opfern, daß sie Hilfe von auswärtigen Ländern erhalten. Die Sozialdemokraten sollen bereits „mit beträchtlichem Mißtrauen“ die Haltung der ungarischen Opposition beobachten, die sich auf den Marshall-Plan einsetzt.

Polen

„Alle Nationen müssen sich gegen den Versuch wehren, Europa zu einem Vasallen des amerikanischen Kapitals zu machen“ schreibt die Zeitung „Gros Ludu“. „In Wirklichkeit bedeutet der amerikanische Plan, für den sich Großbritannien so lebhaft einsetzt, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates.“

Zur Haltung der sowjetischen Delegation auf der Pariser Konferenz erklärt „Gros Ludu“, die Sowjetunion habe nicht nur in ihrem eigenen Namen, sondern auch für die lebenswichtigen Interessen der europäischen Länder gesprochen.

Berlin

Im Hinblick auf das Scheitern der Pariser Konferenz erinnert die „Berliner Zeitung“ an den kürzlich erfolgten Besuch führender amerikanischer Industrieller in Deutschland, und stellt unter der Überschrift „Koloniale Verwaltung“ fest, daß diese Herren jetzt nach dem Ergebnis der Pariser Konferenz die Perspektiven des großen Westeuropatrusts, in dem Deutschland nur ein Teilstück sein sollte, in günstigerem Licht sehen werden. „Sie bauen schon die Verwaltung für die Kolonie Westdeutschland auf“, so behauptet das Blatt abschließend, „so wie sie den Bedürfnissen des USA-Imperialismus entspricht.“

Das LDP-Blatt „Der Morgen“ kommt zu dem Ergebnis: „England und Frankreich müssen sich bewußt sein, daß sie gerade das erreichen, was angeht die Anregung Marshalls in einem Westblock werden sollte: daß sie Europa in einen Westblock und einen Ostblock aufteilen. Ein gefährliches Beginnen, dessen Folgen unübersehbar wären.“

Diese reaktionären großkapitalistischen Kreise, die keinen anderen wirtschaftlichen Weg sehen, als alle 20 bis 30 Jahre durch die Vernichtung der größten volkswirtschaftlichen Werte die Krisen abzufangen, haben ein für allemal bewiesen, daß sie die schlimmsten Feinde der Nation sind.

Nur indem die demokratischen Kräfte aus dem schaffenden Volk nimmend das Schicksal von Volk und Nation in die eigenen Hände nehmen und sich nicht mehr von Konzernherren, Großgrundbesitzern und reaktionären Bürokraten kommandieren lassen, kann der Ausweg erreicht werden.

Walter Ulbricht.

Die verpasste Stunde

W. G. Als der französische Außenminister Bidault der Nationalversammlung von der Einladung an die Sowjetunion zur Besprechung eines Hilfsplanes für Europa Kenntnis gab, rief er aus: „Jetzt oder nie ist die Stunde, Europa zu errichten!“

Bei Bekanntwerden der sowjetischen Zustimmung zur Abhaltung der Konferenz schreiben wir, daß dieses Treffen der drei Außenminister für den demokratischen Wiederaufbau eines selbständigen Europa von außerordentlicher Tragweite werden könne. Wir waren uns bereits damals der Tatsache bewußt, daß das Kernproblem, das sich für alle freien und fortschrittlichen Europäer mit der Frage der amerikanischen Hilfe verknüpfen müßte, das der Wahrung der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sein würde. Es war in der Tat die Stunde zur Errichtung Europas, d. h. die Stunde, in der aus freiem Entschluß sich Europa als ein selbstbewußter Erdteil mit alten freiheitlichen Traditionen hätte erweisen sollen.

Wir kannten die Schwierigkeiten, die einer solchen freiheitlichen Einigung Europas entgegenstanden. Die Geschichte lehrt, daß eine gemeinsame Vergangenheit und ein gemeinsamer Kampf oftmals nur noch leicht in die Waagschale fallen, wenn das Beharrenwollen auf erbten Vorrechten auf die vorwärtsdrängende Kraft der Erben stößt. So war es und ist es in der Geschichte der einzelnen Staaten, wofür uns unsere deutsche Heimat in dem wahnwitzigen Abenteuer der faschistischen Monopolkapitalisten einen wahrhaft erschütternden Beweis unter vielen geliefert hat. So ist es aber auch in der internationalen Politik. Die abgebrochene Pariser Konferenz ist hierfür ein anschauliches Beispiel.

Worum ging es denn? Die Vereinigten Staaten hatten durch den Mund des Staatssekretärs Marshall eine Hilfe für den Wiederaufbau Europas angeboten. Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs luden daraufhin die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Besprechung ein. Die Sowjetunion kam. Und nun entfaltete sich in der Presse des internationalen Großkapitals eine Flut von Artikeln, die bewiesen, daß die Konferenz scheitern müsse. Vom ersten Tag der Konferenz an wurde in dieser Presse ihr Abbruch für den jeweils folgenden Tag vorausgesagt. Und schließlich wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, ob das Angebot Marshalls angesichts der Möglichkeit einer Teilnahme der Sowjetunion überhaupt aufrechterhalten werden könne.

Und in der Tat: nach dieser Vorbereitung gelangten die Beratungen der drei Außenminister an einen toten Punkt. In einer Frage konnte man sich nicht einig werden.

Was war diese Frage?

Der Außenminister der Sowjetunion forderte, daß die einzelnen am Hilfsprogramm beteiligten Länder das Recht haben müßten, selbst ihre Bedürfnisse festzustellen und selbst einen entsprechenden Plan für ihren nationalen Wiederaufbau auszuarbeiten. Zur Sicherstellung der notwendigen Hilfe sollte ein europäischer Unterstützungsausschuß aus Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR gebildet werden; dieser hätte lediglich den gebildeten Bedarf überprüfen und die Verhandlungen über die Hilfe mit den USA führen sollen. Scheint dieser Vorschlag vernünftig?

Jeder andere Weg würde dazu führen, daß Kräfte außerhalb der einzelnen Nationen die Gelegenheit erhielten zu bestimmen, welche Industrien in diesem oder jenem Lande aufgebaut werden sollen, welche anderen dagegen noch auf Jahre zurückzustehen hätten, ohne daß den Notwendigkeiten der einzelnen Volkswirtschaften Rechnung getragen würde. Es wäre damit den wirtschaftlich Stärksten die Möglichkeit gegeben, mit dem Mittel des Hilfsprogramms unliebsame Konkurrenz auszuschalten und einen beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft anderer Staaten zu gewinnen. Wo aber die wirtschaftliche Freiheit zugunsten der Abhängigkeit von internationalen kapitalistischen Kreisen verloren geht, dort kann die politische Freiheit kaum mehr als ein Wort bleiben. Die vergangene und gegenwärtige Geschichte liefert uns dafür genugsam Beispiele.

Man hätte also annehmen dürfen, daß die Vorschläge Molotows auf Verständnis stoßen würden. Das war nicht der Fall. Im Gegenteil: der britische Außenminister sprach ausdrücklich in seiner letzten Intervention im Rahmen der Dreierbesprechungen davon, man müsse „die verschiedenen nationalen Programme aneinander anpassen“ und zwar sollte das Aufgabe eines von den Großmächten einzusetzenden Ausschusses sein. „Aneinander anpassen“ bedeutet hier aber nicht mehr und nicht weniger als den einzelnen Nationen die Entscheidungsfreiheit über ihren eigenen Wiederaufbau zu nehmen.

Es war der Franzose Maurice Thorez, der zu Beginn der Pariser Besprechungen in seiner Rede in Straßburg ausrief: „Wir begrüßen die amerikanische Hilfe unter der Bedingung, daß wir Herr im eigenen Haus bleiben.“ In der

Tat: so und nicht anders steht die Frage für jeden freiheitsliebenden und fortschrittlichen Menschen. Der Kampf um die Freiheit der Menschheit gegen das vernichtende Wüten des Hitlerfaschismus hat Europa in Trümmer gelegt. In der gleichen Zeit erlebte Amerika eine noch nie dagewesene Entfaltung seiner wirtschaftlichen Macht. Europa wurde arm, Amerika scheint reich geworden zu sein. Aber, und das weiß man in Washington genau, es kann inmitten einer total verarmten Welt neben einem ausgepöbelten Europa nicht reich bleiben. Daher rührt das Hilfsangebot.

Doch man wird begreifen müssen, daß nur eine wahrhaft desinteressierte Hilfe, die von den Völkern Europas nicht die Aufgabe ihrer teuren erkaufte Freiheit und Unabhängigkeit fordert, zum Ziele führen kann. Es geht nämlich um den allgemeinen Wohlstand der Völker, der den Völkern selbst zugute kommt. Eine Rettung an den Wagen des internationalen Kapitalismus liegt nicht im Interesse der Völker. Sie vermehrt auf die Dauer den Wohlstand nicht, sie schafft Unfreiheit und neues Elend.

Die Völker Europas jedoch brauchen Freiheit und Wohlstand!

Gegen imperialistische Bestrebungen

London (Südena). Bei der Eröffnung der Konferenz der Bergarbeitergewerkschaft in Röhessay sprach der Präsident der Gewerkschaft, Will Lawther, über „die neuen Perspektiven, die Marshall der vom Krieg erschütterten Welt eröffnet“. Der Redner sagte u. a.: „Vielleicht werden die USA sich darüber klar, daß diese Welt nicht zu aggressiven, d. h. imperialistischen Bestrebungen da ist, sondern daß es um das Wohl der Menschheit geht.“ Lawther warnte England vor einer Trennung von der Sowjetunion. Wenn Großbritannien seine Entschlossenheit bekunde, sich auf der Seite Rußlands und der andern friedliebenden Länder zu halten, so würde keine andere Nation der Welt von einem neuen Krieg zu sprechen wagen.

Moskau. Die Iswestija schreibt in einem Leitartikel: „Die Initiative, die die französische und englische Regierung zur Einberufung einer Konferenz der europäischen Länder ohne Teilnahme der UdSSR getroffen haben, ist unbedingt als schwerwiegend zu beurteilen; denn die Engländer und Franzosen haben damit beschlossen, den Warnungen Molotows nicht Rechnung zu tragen, und schlagen damit einen Weg ein, der zu dem Ziel führt, das sie gerade vermeiden wollen: Spaltung und Differenzen zwischen dem Westen und dem Osten.“

„Ein gefährliches Spiel“

Paris. „Le Monde“ beschäftigt sich mit den Auswirkungen, die das Scheitern der Pariser Konferenz für Deutschland mit sich bringt. Unter der Überschrift: „Geteiltes Deutschland“ bezeichnet das Blatt die Aufteilung in eine westliche und eine östliche Zone als ein gefährliches Spiel. Nach Ansicht des Blattes würde dies zugleich die Teilung Europas und der Welt herbeiführen. Die Zeitung fordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, so lange noch die geringste Aussicht besteht, diese Gefahr abzuwenden.

Der Dollar-Taler

Berlin. „Die Schaffung einer föderalistischen westdeutschen Republik“ wird von der amerikanisch lizenzierten Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ vorgeschlagen. Das Blatt ist der Ansicht, daß dieses Programm schnell untersucht werden müsse, wenn General Clay auch erklärt hat, daß eine Änderung der Politik in der Westzone vor der Londoner Konferenz im November wenig wahrscheinlich sei. Der föderalistische Gedanke und das Selbstständigkeitsbewußtsein der Länder müsse gestärkt werden. Die Landesfarben müßten überall gezeigt werden. Die Mark müsse durch den Taler ersetzt werden. Der Taler sei von jeher die föderalistische Münze in Deutschland gewesen. Sein Name sei sogar als „Dollar“ über den Ozean gewandert.

SPORT-ECHO

Südbadens Leichtathletikmeister

Lahr, 2000 Zuschauer wohnten auf dem Sportplatz des SV Lahr den Leichtathletikmeisterschaften für Südbaden bei. Das Wetter und die gut hergerichteten Bahnen trugen dazu bei, der Veranstaltung einen reibungslosen Verlauf zu sichern. Als erfreuliches Ergebnis der Meisterschaften darf die Tatsache betrachtet werden, daß bereits eine große Zahl junger Kräfte erfolgreich in die Phalanx der alten eindringen konnte und beachtliche Leistungen erzielte.

Scheuring lief eine neue Jahresbestzeit für Baden über 200 m in 22,0 Sekunden. Preschany, Lörrach, verbesserte über 800 m die bisherige Zeit auf 2:01,7 Minuten. Die 400 m legte Bieser, Offenbourg, in 52,2 Sekunden zurück, und die 1500 m wurden eine Beute des Rastatter Schärer in 4:14,4 Minuten. Kurtentner Seifried, Tenningen beugen, der mit 16:20,4 Minuten erheblich unter der bisherigen Jahresbestleistung blieb. Hervorragend lief die 4 mal 400 m Staffel der Ottenauer schulte, nachdem deren 4 mal 100 m-Staffel wegen Marken-Überschreitung ausgetauscht wurde. Ueber 4 mal 100 m der Frauen stellte Rotweiß Lörrach mit 33,8 Sekunden eine neue Bestzeit auf. Auch in den technischen Disziplinen gab es Verbesserungen der bisher erzielten Jahresbestleistungen: Speerwerfen: Gerhards, VZJ Freiburg, 53,28 m, Stabhochsprung: Hotzinger, Müllheim, 3,17 m, Kugelstoßen: Frauen: Frl. Hettich, Singen, 10,54 m, Weitsprung: Frauen: Frl. Steichele, Lörrach, 5,23 m.

Männer: 100 m: Scheuring (Ottenau) 11,3 Sek. 200 m: Scheuring (Ottenau) 23 Sek. 400 m: Bieser (Offenbourg) 52,2 Sek. 800 m: Preschany (Lörrach) 2:01,7 Min. 1500 m: Schärer (Rastatt) 4:14,4 Min. 5000 m: Seifried (Tenningen) 16:20,4 Min. 10 000 m: Gsell (Singen) 34:36,5 Min. 100 m-Staffel: Eintracht Singen (Bieser, Schall, Jäckle, Keller) 46,4 Sek. 4 mal 400 m-Staffel: SpVgg Ottenau (Scheuring, Metz, Weiser, Scheible) 3:37,3 Min. 3 mal 1000 m-Staffel: Rot-Weiß Lörrach (Roller, Harr, Preschany) 8:23,8 Min. Weitsprung: Bieser (Offenbourg) 6,73 m. Hochsprung: Herbst (Ueberlingen) 1,70 m. Kugelstoßen: Holzinger (Müllheim) 3,17 m. Diskus: Neubert (Lörrach) 37,84 m. Speerwerfen: Gerhards (Freiburg) 52,28 m; Hammerwerfen: Lichtenberg (Furtwangen) 38,86 m;

Hindustan und Pakistan

Zweitteilung Indiens als Folge der britischen Politik

London (Südena). In sechs Wochen wird der König von England nicht mehr Kaiser von Indien sein, und zwei neue Dominien werden in der Reihe der Staaten des britischen Commonwealth erscheinen: Indien und Pakistan. So bestimmt es das neue indische Unabhängigkeitgesetz, das von Attlee dem Unterhaus vorgelegt wurde. Jeder der beiden Staaten (von denen Pakistan aus zwei räumlich getrennten Gebieten gebildet wird) soll seine Regierung, seine souveräne gesetzgebende Versammlung und seine Armee erhalten.

Ein Generalgouverneur wird den britischen Herrscher vertreten, und die britische Regierung wird den beiden Staaten eine diplomatische Vertretung begeben. Lord Mountbatten, dem es gelang, den Teilungsplan bei den Hindus, den Sikhs und den Moslems durchzudrücken, wird wahrscheinlich der erste Generalgouverneur gleichzeitig für beide Staaten werden.

Zahlreiche Probleme warten noch ihrer Lösung. Die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten. Die Aufteilung der Provinzen mit gemischter Bevölkerung, Punjab und Bengalen, ferner das Schicksal der Fürstentümer, von denen die größeren, wie Travangore und Hyderabad, zur Unabhängigkeit streben, die zu garantieren England wenig Neigung zeigt, während andere in irgend einer Form den Anschluß entweder an Indien oder Pakistan suchen. Ein schwieriges Problem stellt auch die Aufteilung der Armee zwischen den beiden Staaten dar, die London bisher wohlweislich vermiehd und die viel Einsicht und Klugheit erfordert.

Der Plan, den Lord Mountbatten durchgesetzt hat, ist insofern bemerkenswert, als er der muslimischen Minderheit entgegenkommt. Diese Minderheit nämlich sichert England eine wichtige Sympathie, die der muslimischen und der arabischen Welt. Es ist kein Zufall, daß der Ratgeber König Ibn Sauds, Saint John Philby, sich kürzlich in Indien aufhielt, um die Schaffung des unabhängigen Pakistan zu leiten. Und es ist ebenso kein Zufall, daß Afghanistan, der frühere Günstling und jetzige politische Schutzbefohlene Englands, gegenüber Belutschistan und der Nordwestprovinz Indiens Forderungen erhebt, die eines Tages eher zu einer Union als zu einem Konflikt mit Pakistan führen können. So taucht vom östlichen Mittelmeer bis zum Indischen Ozean ein mächtiger Block von muslimischen Staaten unter Londons Einfluß auf, der sogar noch eine Fortsetzung in Indonesien finden könnte. In dem holländisch-indonesischen Konflikt konnte nämlich festgestellt werden, daß die Ratschläge zum Einlenken von amerikanischer Seite an Batavia und von englischer Seite an den Haag gerichtet wurden. Andererseits ist die Teilung nicht im Sinne der indischen Mehrheit, insbesondere nicht des Hindu-Kongress von Pandit Nerhu, der die Hoffnung hegt, eines Tages die Einheit wieder herzustellen. Im Namen der Einheit Indiens haben auch die indischen Kommunisten, die englischen Kommunisten und die sowjetische Presse ihre Stimme erhoben und den Plan Mountbatten mit dem Bemerken abgelehnt, er sei ein Werk des britischen Imperialismus.

Japans Imperialisten suchen USA-Kolonialstatus

Tokio (Südena). Die Zeitung der japanischen Rechten „Jiji Shimvo“ schreibt in ihrem Leitartikel: „Das japanische Volk wünscht selbst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unter amerikanischer Verwaltung zu bleiben.“ Das Blatt ist natürlich der Ansicht, daß die Zivilverwaltung während einer ganzen Generation fortgesetzt wird, denn die Demokratisierung werde über 30 Jahre in Anspruch nehmen, und Japan kann ohne Unterstützung vom Ausland nicht leben.

50 000 Arbeiter demonstrierten in Tokio

Tokio. Annähernd 50 000 Arbeiter, die die wichtigsten japanischen Gewerkschaften vertreten, haben vor dem kaiserlichen Palast eine Kundgebung veranstaltet. Sie stellten an die Re-

gierung die Forderung, nach einer sofortigen Verwirklichung des sozialistischen Programms.

Erfolge der chinesischen Kommunisten

Nanking. Der Minister für die Landesverteidigung gab neue Rückschlüsse der Regierungstruppen zu und bestätigte damit die Meldungen kommunistischen Ursprungs, nach denen die kommunistischen Truppen in kürzester Zeit das Südufer des Gelben Flusses besetzten, den sie am 30. Juni auf einer Breite von 150 km überschritten haben. Außerdem sind die Kommunisten weitere 50 km in Richtung Peking vorgedrückt und haben Erfolge in Shansi und in der Mandchurie zu verzeichnen.

Hundhammers „Gefühle“

München (Südena). Im Auftrag des bayrischen Kultusministers Dr. Alois Hundhammer, der einen Teil des neuen Programms des Kabarett „Die Hinterbliebenen“ als eine Verhöhnung der religiösen Gefühle der Bevölkerung empfindet, hat Staatssekretär Dr. Hans Dieter Sattler mit dem Textdichter der „Hinterbliebenen“ Hermann Mostar gesprochen und vorgeschlagen, die bestandene Szene zu streichen. Hermann Mostar hat jedoch eine Streichung und auch eine Änderung abgelehnt. Wie Hermann Mostar erklärte, handelt es sich bei der von Dr. Hundhammer beanstandeten Szene um eine Glossierung der von dem Minister vorgeschlagenen Ansiedlung der Neubürger entsprechend ihren Konfessionen. (Die „religiösen Gefühle der Bevölkerung“ entpuppen sich also als die höchstpersönliche Eitelkeit des CSU-Staatsmannes, der schon durch seine Prügelpropaganda beträchtlich aufblüht). Gerade diese Szene wurde vom Publikum mit großem Applaus aufgenommen.

Bauernhilfe und Bodenreform

Die Leistungen im Wiederaufbau der brandenburgischen Landwirtschaft

Berlin (Südena). Insgesamt 2569 Objekte und 818 309 Hektar Land von 252 Kriegsverbrechern und aktiven Nazis wurden im Zuge der Bodenreform in der Mark Brandenburg verteilt, gab Rudolf Albrecht, Vorsitzender der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe Mark Brandenburg (VDGB) in seinem Jahresbericht auf dem zweiten Landesverbandstag der VDGB in Potsdam bekannt. Davon seien 508 950 Hektar Land an Neubauern und Umsiedler vergeben worden.

Wie Albrecht weiter mitteilte, sind 25 340 Wohn- und Wirtschaftshäuser und Kartoffelsilos, 631 Schlepper, 6000 große und mehrere kleine Maschinen sowie eine große Menge von Vieh durch Vermittlung der VDGB der märkischen Landwirtschaft übergeben worden. Ferner wurden 540 Reparaturwerkstätten, 230 Gärtnereien und 833 Deckstationen für Zuchtvieh eingerichtet.

Als nächste Aufgaben der VDGB bezeichnete Albrecht die Schaffung von Bauerngerichten und Schiedsgerichten sowie von Tarifverträgen in der Landwirtschaft und die Schulung von Bauern und Bäuerinnen. Ferner ist die Unterstützung der Kreise bei den Wiederaufbauarbeiten im

Nicht Euthanasie, sondern Mord!

Dresden. Im Prozeß gegen die Aerzte der Todesfabrik Sonnenstein bei Pirna (in der auch Badener vergast wurden) beantragte der Generalstaatsanwalt gegen die angeklagten Aerzte Dr. Nitsche, Dr. Langer, Dr. Herzer, Dr. Leonhardt, die Oberschwester Sachse, die Schwester Puschnann, Clara Friedrich und Ackermann sowie die Pfleger Fehre und Gäbler die Todesstrafe und die Einziehung ihres Vermögens zu Gunsten des Landes Sachsen. In seiner Begründung führte er aus, daß der Prozeß kein Euthanasie-Prozeß, sondern ein Mordprozeß sei. Das Urteil müsse dem Volk und der Welt beweisen, daß das Gericht die auf den Deutschen lastende Schuld an den Hauptverbrechern zu sühnen gewillt sei.

Der erste Staatsanwalt Pohl wies darauf hin, daß sich an dem System der Vernichtung und Ausrottung Teile der deutschen Intelligenz besonders beteiligt hätten. Die Aerzte und Pfleger, die helfen sollen, hätten gerade das Gegenteil von dem getan. 50 000 bis 60 000 Kranke seien vergast worden, weitere Zehntausende habe man durch Tabletten getötet.

Identifizierung von SS-Verbrechern

Dachau. Zur Aufdeckung von Kriegsverbrechen wurden in Stuttgart, Regensburg, Kassel und Wien von amerikanischen Dienststellen besondere Büros errichtet, in denen ehemalige KZ-Insassen frühere Konzentrationslager-Mannschaften, deren Photographien ausliegen, identifizieren können. Ehemalige KZ-Insassen werden aufgefordert, in diesen Büros vorzusprechen. 600 Photographien von SS-Wachmannschaften, die unter dem Verdacht stehen, in den Konzentrationslagern Mauthausen, Buchenwald, Flossenbürg, Nordhausen und den dazugehörigen Außenlagern Kriegsverbrechen begangen zu haben, werden ausgestellt.

zerstörten Oberbruch und der Bau von Scheunen geplant.

Der brandenburgische Wirtschaftsminister Hch. Rau hob in einer Rede die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land hervor. Das Abfliegerungs-Soll, so betonte er, müsse auf freiwilliger Grundlage hundertprozentig erfüllt werden. Zwangsbewirtschaftung bedeute Zerstörung der Demokratie. Die Preise für Landmaschinen bezeichnete Rau als viel zu hoch und daher als unerschwinglich für einen großen Teil der Neubauern. Er schlug vor, zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes einen Austausch der „Freien Spitzen“ mit Landmaschinen zu vermitteln.

Kriegsverbrecher begnadigt

Rom (Südena). Die von britischen Militärgerichtshöfen gegen Generalfeldmarschall Albert Kesselring, Generaloberst Eberhard von Mackensen und Generalleutnant Mälzer ausgesprochenen Todesurteile wurden, wie hier am Freitagabend bekannt gegeben wurde, zu lebenslanglichem Gefängnis umgewandelt.

Zur politischen Lage in Frankreich

Paris. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet, brachte im Nationalrat der Partei zum Ausdruck, daß er die Wirtschaftspolitik der Regierung ablehne. Der Nationalrat der französischen Sozialistischen Partei stimmte später dennoch mit 2576 gegen 2058 Stimmen bei über 127 Stimmenthaltungen für die Beibehaltung der Regierung Ramadiers.

KPF und Marshall-Plan

Paris (Südena). Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs nahm anlässlich einer Versammlung im „Velodrome d'hiver“ Stellung zu den Beschlüssen des kürzlich in Straßburg zu Ende gegangenen 11. Kongresses der KPF. Er proklamierte zunächst, daß es nicht die Arbeiterklasse sein dürfe, der die gesamten Kosten des Wiederaufbaus aufgebürdet werden und bewies, daß die Bedrohung des Franc nicht durch die Lohnerhöhungen, sondern durch das Defizit im Staatshaushalt verursacht worden sei.

Unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß die Kommunisten nicht mehr an der Regierung teilhaben, wies Maurice Thorez darauf hin, daß der Straßburger Kongreß einen brüderlichen Aufruf an alle sozialistischen Arbeiter, an alle Republikaner und alle Franzosen guten Willens erlassen habe, um die Einheit aller demokratischen Kräfte und der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

Raymond Guyot, Mitglied des politischen Büros der kommunistischen Partei, verurteilte das „Abgleiten der Regierung nach rechts“. In einer kritischen Betrachtung der

internationalen Lage Frankreichs angesichts des Marshall-Planes erklärte er: „Es handelt sich um einen Plan zur Beherrschung Europas! Das Volk wünscht durch seine Arbeit Wohlstand und Größe wiederzufinden. Es ist gern bereit, Kredite anzunehmen, aber unter Wahrung seiner Unabhängigkeit. Es stellt sich gegen jede Einmischung, wie sie im Fall Spaniens oder Griechenlands stattgefunden hat.“

Enttäuschung nach Pakenham-Besuch

Köln. (Südena) Zu dem Ergebnis der Besprechungen, die hier zwischen dem Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Lord Francis Pakenham, und den Gewerkschaften geführt wurden, erklärte ein Sekretär des deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln, daß sich die an den Besuch Lord Pakenhams geknüpften Erwartungen nicht erfüllt hätten. Es müsse abgewartet werden, ob die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge zur Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion bei den zuständigen britischen und deutschen Stellen Beachtung finden würden.

Grenzzonenkarten

Karlsruhe. Die kürzlich eingeführte Grenzzonenkarte, die Arbeitern, Angestellten, Beamten, Schülern und Studenten sowie Landwirten den täglichen Zonenübertritt erleichtert, ermöglicht zugleich einen Überblick über Zahl und Berufszugehörigkeit der Personen, die in einer Zone wohnen und in einer andern arbeiten. Aus der amerikanischen ist in die französische Zone fahren bei Karlsruhe täglich etwa 200, in umgekehrter Richtung aber rund 700 Personen.

Suchdienst

Der Kriegesgefangene Karl Fleischmann sucht die Adresse seines Kameraden Erich Emil Reiser früher Waldshut. Die Adresse von Reiser wird an die Redaktion erbeten.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Verantwortlich für die württembergische Ausgabe:
Oskar Heuberger

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1,
Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. —
Verlag: Südwest-Verlag-GmbH., (17b) Offenburg,
Hauptstr. 115, Postfach 361, Fernruf 3207. — Erscheint
mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.,
einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld.
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Deutschland-Rundschau

Die „RHEINISCH-PFÄLZISCHE RUNDSCHAU“ ist als Organ der Demokratischen Partei für das Land Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach erschienen. Chefredakteur ist Dr. Josef Ungerheuer.

AUF DEM PARTEITAG DER LPD in Bad Emsenach wurde Dr. Wilhelm Kitz zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Der Landesverband Berlin der LPD hat daraufhin seine Delegierten zurückgezogen.

HUGENBERG, der ehemalige Führer der Deutschen Nationalen, wurde aus dem Internierungslager freigelassen.

ÜBERFÜHRUNG DER „REICHSWERKE“ in Salzgitter (Hannover) in Volkseigentum forderten alle Parteien und die Gewerkschaften.

INFOLGE DER PARATYPHUSERKRANKUNGEN wurden in Essen mehrere Schulen geschlossen.

Welt-Chronik

WIEN. Das österreichische Parlament lehnte den Antrag der Kommunistischen Partei auf Durchführung einer Bodenreform ab.

PRAG. Das tschechoslowakische Justizministerium arbeitete einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe aus.

WASHINGTON. Der ehemalige Handelsminister Henry A. Wallace forderte den Präsidenten Truman auf, die demokratischen Abgeordneten, die sein Veto gegen das neue Arbeitsgesetz überstimmt hatten, aus der Partei auszuschließen.

LONDON. Der frühere sowjetische Botschafter in London, Iwan Malsky, ist zum ersten russischen Botschafter in Indien ernannt worden.

KOPENHAGEN. Der Rekordstreik der Kopenhagener Setzer wurde am 5. Juli nach viermonatiger Dauer eingestellt.

Hochseefischerei - konzerngebunden?

Kapitalvereinigungen wollen Fischfang und Fischverwertung auch weiterhin beherrschen

Die Konzerne spielen auch heute noch eine beachtliche Rolle im deutschen Wirtschaftsleben. Ihre Betätigung in mehr oder weniger verschleierter Form wirkt sich zum Schaden des Neubaus einer demokratisch geleiteten Wirtschaft aus. Dies ist nicht nur in der Kohlen- und Eisenbranche der Fall, sondern — weniger von der Öffentlichkeit beachtet — in allen anderen lebenswichtigen Wirtschaftszweigen.

Es ist bekannt, daß die Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung durch Erhöhung der Hochseefischereiergebnisse verbessert werden soll. Die Gefahr, daß sich hier die alten Konzerne wieder maßgebend einschalten, ist groß. Wir wollen uns darum mit den Verhältnissen auf dem Ernährungsektor in der britischen Zone beschäftigen, wo ein besonders hervorsteckender Fall von Konzernzusammenballung festgestellt werden kann. Es handelt sich um den deutschen Teil des englischen Fett- und Margarinetrusts Unilever, den „van den Bergh-Jürgens-Konzern“, und seine Querverbindungen. Dieser Konzern beherrscht monopolistisch seit Jahren die deutsche Margarineherstellung, und umfaßt über 60 Prozent der deutschen Pflanzenöl- und Margarinefabriken. Mehr als 20 der bedeutendsten deutschen Großfirmen gehören zu ihm, darunter die sehr bekannte Margarinefabrik Schinck u. Co. in Wilhelmshaven, die Estolwerke in Mannheim, die Vereinigten Oelfabriken in Mannheim und die Bremen-Besigheimer Oelfabrik. Die Leitung hat die Margarine-Union in Hamburg. Der Kampf des van den Bergh-Jürgens-Konzerns gegen die nicht angeschlossenen Margarine- und Pflanzenölfabriken ist ein sehr ungleicher, denn die freien Fabriken stehen gegen die von ausländischem Kapital gestützten Konzernbindungen in einem aussichtslosen Ringen. Es ist beachtlich, daß keines der Konzernwerke der Rohstoffnot erliegen ist, während die konzernfreien Fabriken infolge des Rohstoffmangels überwiegend stillgelegt werden mußten.

Ein weiterer Zweig des Unileverkonzerns ist auf dem Sektor des Fischfangs und der Fischverarbeitung die Hamburger „Nordsee AG.“. Die Unilever besitzt 70 Prozent des Aktienkapitals der Nordsee AG. Besonders aufschlußreich ist, daß die Unilever auch maßgeblicher Aktionär der Dresdner Bank ist, welche — wie die anderen ehemaligen Berliner Großbanken — im deutschen Nordwesten ein Rumpfdasein führt. Damit ist aber der Einfluß des Monopolkapitals im Fischereiwesen nicht erschöpft. Auch der berühmte Reemtsma-Konzern, welcher die Zigarettenindustrie beherrscht, hatte seine Hände im Spiel. Eine seiner Gründungen, die Firma Andersen u. Co. in Hamburg verarbeitete die Hälfte der Hamburger Fischanlandungen und kontrollierte eine große Anzahl weiterer Fischverarbeiter des Inlands und nach 1942 auch mehrere ausländische Unternehmen der Branche.

Viele werden sich an die Verkaufsstellen der Nordsee A.G. in allen Teilen Deutschlands erinnern. Sie ist das größte deutsche Hochseefischereunternehmen Deutschlands, verfügt über eine große Fangflotte und beherrscht somit die Fischversorgung vom Fang bis zum Einzelverkauf. Darum besteht die Gefahr, daß sich die Konzernposition der Nordsee A.G., der von ihr beherrschten Fischerei- und Fischverarbeitungsunternehmen und der ihr gleichlaufenden Konzernverbindungen auch jetzt wieder verstärkt und einschaltet, wenn der Neubau der vom Kontrollrat bewilligten 100 neuen Hochseefischereifahrzeuge erfolgt.

Im Fischwirtschaftsverband sitzen noch die alten Gesinnungsgenossen der Nazizeit, ähnlich wie in den „entflochtenen“ Stahlkonzernen Herr Dinkelbach. Auch in der Abteilung Fischwirtschaft im Zentralamt für Ernährung sind die entscheidenden Posten von alten P's als Sachbearbeitern besetzt, und der ehemalige Reichskommissar für Fette und Treuhänder für die Verwaltung des Unileverkonzerns in der Nazizeit kann maßgeblichen Einfluß auf die heutige Fischwirtschaft nehmen.

Die deutsche Hochseefischereiflotte hat im Krieg große Einbußen erlitten, so daß sie bei weitem nicht in der Lage ist, den für die Nachkriegsjahre vorgesehenen Fischverbrauch pro Jahr und Kopf von 12,5 kg zu decken. In Hamburg-Altona, Cuxhaven und Wesermünde wurden z. B. im Jahre 1946 nur rund 170 000 to Fische gegenüber 550 000 to im Jahre 1938 an Land gebracht. Die vom Kontrollrat genehmigten weiteren 100 Hochseefischdampfer sind darum dringend notwendig, auch wenn sie noch nicht den vorgesehenen Fischbedarf von rund 800 000 to sichern können. Von den großen Reedereien und dem noch bestehenden Hochseefischereiverband wird erklärt, daß die vom Kontrollrat verfügte Tonnagebegrenzung auf 400 BRT als „unrentabel“ abgelehnt werden müsse, obwohl namhafte Schiffskonstrukteure einen 400 BRT-Fischdampfer entworfen haben, den „Shelterdeck-Typ“, der große Vor-

teile hat, wirtschaftlich und rentabel ist, und weit über Hamburg hinaus als moderner Fischdampfer bekannt wurde. Einige Reedereien haben sich auch schon bereit erklärt, den Dampfer zu bauen. Aber die Reaktion versucht scheinbar auch hier, aus Profitgründen die Ernährung des deutschen Volkes zu sabotieren.

Wer das fast unentwirrbare Geflecht der Konzern-Querverbindungen des deutschen Monopolkapitals einerseits untereinander und andererseits mit dem Auslandskapital kennt, muß sich darüber klar sein, daß diese Kräfte des deutschen Monopolkapitals alles tun werden, um diese Undurchsichtigkeit zu dem Versuch zu benutzen, ihre Machtposition rücksichtslos zurückzuerobern. Der Neubau der demokratischen Wirtschaft in Deutschland ist nur dann möglich, wenn die fortschrittlichen Kräfte ein intensives Wissen über diese Zusammenhänge besitzen und sich mit äußerster Energie für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen.

— H —
Deutschlands Hochseefischerei
 Hamburg. Die Ergebnisse der deutschen Hochseefischerei bleiben noch weit hinter dem Bedarf zurück. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit betrug das Fangergebnis im Mai nur 39 Prozent, konnte aber gegenüber dem Vormonat um 33 Prozent und gegenüber dem Mai 1946 um 32 Pro-

Fettweide der Bürokratie

Verwaltungsamt für Wirtschaft mit reaktionären Kräften durchsetzt

Gemessen an den Verhältnissen des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden dürfte sich der Wirtschaftsrat der anglo-amerikanischen Bzize in Frankfurt mit dem Exekutiv Ausschuss und seinen verschiedenen Ministerialdirektionen zu einem bürokratischen Riesengebilde seltenen Ausmaßes entwickeln. Man kann schon von einer „Fettweide“ sprechen, wenn man sich überlegt, daß die rund 39 Millionen Einwohner der Bzize von 9 Länderparlamenten, zwei Länderräten und einem bizonalen Wirtschaftsparlament regiert werden. Greifen wir davon allein das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden (VAW) heraus, das rund 2000 Personen in 60 verschiedenen Abteilungen beschäftigt. Man versteht, warum sich besonders im deutschen Nordwesten die reaktionären Kräfte in der Wirtschaft wieder breit machen und die Konzerne in mehr oder weniger verdeckter Form ihr für die Volkswirtschaft unheilvolles Treiben beginnen können, wenn man feststellen muß, daß die reaktionären Kreise im Verwaltungsamt eine große Rolle spielen.

Wie die Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ in Nr. 153 ausführt, sitzen heute noch führende Wirtschaftsgrößen der Nazizeit in den Schlüsselpositionen. U. a. war der Leiter der Hauptabteilung E, Dr. Adolf Reiferscheid, seit 1935 Leiter in der Reichsgruppe Industrie, der führenden NS-Organisation in der Rüstungswirtschaft; der Abteilungsleiter Geheimrat Werner Hagemann in der Hauptabteilung G war seit 1935 Beauftragter der Reichsregierung für Seide und Zellwolle mit einem Jahresgehalt von 31 000 Mark. Ministerialrat Lohmann von der Hauptabteilung H, ehemaliges Mitglied der SA und der NSDAP seit 1937, war prominentes Mitglied des Reichswirtschaftsministeriums und verdiente „nur“ 20 000 Mark. Groß ist auch die Anzahl früherer höherer aktiver Wehrmachtsoffiziere im Ver-

waltungsamt. Oberste, Oberstleutnant und Majore fungieren als Referenten, Sachbearbeiter und Revisoren. Selbst als Pförtner ist ein Kapitänleutnant a. D. tätig. Eine Stichprobe hat ergeben, daß viele Angestellte, darunter elf Referenten, schon seit langer Zeit beim Verwaltungsamt tätig sind, ohne daß Personalakten und Fragebogen für sie vorliegen. Diese katastrophalen Verhältnisse, von denen wir hier nur einige wenige Beispiele brachten, wurden schon vor einiger Zeit vom Vorsitzenden der KP in der britischen Zone, Max Reimann, bekanntgegeben, und sowohl von der SPD-Presse, als auch vom früheren Vorsitzenden beim Entnazifizierungsausschuss des VAW, Schütz, bestätigt.

Das Umsiedlungsproblem des VAW von Minden nach Frankfurt, d. h. aus der britischen Zone in die amerikanische Zone, erscheint in diesem Zusammenhang in einem besonders interessanten Licht. Es wurde von zuständiger Seite betont, es sei im Interesse des Arbeitsfriedens und der Arbeitslust untragbar, das gesamte Personal nach Frankfurt überzusiedeln. Abgesehen von den Schwierigkeiten der räumlichen Unterbringung dürfte aber ein sehr großer Teil der leitenden Angestellten auch kein großes persönliches Interesse an einer Umsiedlung in die amerikanische Zone haben, denn heute liegt schon die Tatsache fest, daß in erster Linie die Fälle der leitenden Angestellten nach der Umsiedlung in die amerikanische Zone politisch neu überprüft werden, ohne Rücksicht auf die in der britischen Zone ausgesprochenen Genehmigungen. Die Maschen des Befreiungsgesetzes in der amerikanischen Zone sind wesentlich enger geknüpft, als die in der britischen Zone. Es ist darum zu hoffen, daß die politische Säuberung des VAW von reaktionären, den demokratischen Wirtschaftsaufbau sabotierenden Kräften auf diese Weise endlich energisch durchgeführt wird.

zent gesteuert werden. 197 Fischdampfer, 271 Hochseefahrzeuge und 427 Küstenfahrzeuge haben im Mai 1947 die Nordseehäfen angelaufen. Mit weiter ansteigenden Fangergebnissen ist zu rechnen, wenn sich die vorgesehene Erhöhung der deutschen Fischereiflotte auswirken kann.

Zu den Eigenfängen trafen größere Einfuhrmengen aus Norwegen, die aus Salzheringen und gefrorenen Heringen bestehen. Die Abhängigkeit der Fischversorgung vom Ausland ist heute noch nahezu doppelt so hoch, wie in der Vorkriegszeit.

Im Gegensatz zu Japan, das nun seine zweite Walfangexpedition in die Antarktis senden kann, wurde nach Mitteilung des Zweizonenverwaltungsamts für Wirtschaft in Minden von den maßgebenden britischen und amerikanischen Stellen der Antrag auf Zulassung Deutschlands zum Walfang abgelehnt.

Internationaler Genossenschaftstag

Die Genossenschaftsorganisationen von 28 Ländern mit fast 94 Millionen Mitgliedern sind im Internationalen Genossenschaftsverband zusammengeschlossen. Anlässlich des internationalen Genossenschaftstages am 5. Juli hat der Bund einen Aufruf zur Solidarität der Genossenschaftler der ganzen Welt erlassen. In den letzten 25 Jahren hat die Genossenschaftsbewegung das Ziel verfolgt, das System der internationalen Handelskonkurrenz durch das System der internationalen Zusammenarbeit zu ersetzen. Dabei hat der Bund alle Beschränkungsmaßnahmen und monopolistischen Tendenzen bekämpft, zu welchem Zweck eine internationale genossenschaftliche Handelsagentur und die internationale genossenschaftliche Petroleumvereinigung gegründet wurden. Im gegenwärtigen Zustand politischer Spannung und wirtschaftlicher Störungen müsse die Genossenschaftsbewegung ein Beispiel der Einigkeit geben.

Der Bund wendet sich in seinem Aufruf an alle Männer und Frauen, Genossenschaftler zu werden, und an alle Landesverbände, die gemeinsamen Ziele tatkräftig zu fördern. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung: Genossenschaftler aller Länder, vereinigt euch für Frieden und Fortschritt der Menschheit!

Deutschland und Internationaler Genossenschaftsbund

Gewerkschaften und Genossenschaften sind die demokratischen Träger des wirtschaftlichen Neubaus in Deutschland. Sie gehören zu den wichtigsten Schulungsinstituten der Demokratie. Darum ist die Fühlungnahme zwischen den deutschen Verbänden und den internationalen Genossenschaftsbund von größter Bedeutung für die Wertung der deutschen Demokratie im Ausland.

Nachdem die deutsche Genossenschaftsbewegung grundsätzlich in den Weltgenossenschaftsbund aufgenommen wurde, und ihre vollberechtigte Mitarbeit in der Weltgewerkschaftsbewegung in absehbarer Zeit gesichert erscheint, sind jetzt auch von Seiten der deutschen Genossenschaftsbewegung Schritte zur Aufnahme in den internationalen Genossenschaftsbund unternommen worden. Wie eine Agenturmeldung zu entnehmen ist, hat der Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes erklärt, daß er die Aufnahme der deutschen Genossenschaften begrüßen würde.

Wirtschaftsplan für die Bzize

Washington. Auf einer Pressekonferenz gab Staatssekretär Marshall bekannt, daß ein Plan über die Neufestsetzung der Industriekapazität in der Bzize in Vorbereitung sei. U. a. sei die Produktionssteigerung verschiedener chemischer Erzeugnisse und die Erhöhung der gegenwärtigen Stahlproduktion im Ruhrgebiet vorgesehen.

Johannes R. Becher:

... die dem Uebel widerstanden

Auf dem Kongreß der weltumspannenden Schriftstellervereinigung PEN-Club in Zürich wurde die Frage der Wiedererrichtung eines deutschen PEN-Klubs zur Debatte gestellt. U. a. sprach sich auch Thomas Mann für die Gründung aus. Das Ergebnis der Debatte war die Wiederzulassung eines deutschen PEN-Klubs unter der Bedingung, daß er unter die Kontrolle einer Garantiekommision gestellt werde. Als Vertreter des deutschen Schrifttums hielt Johannes R. Becher eine wirkungsvolle Rede, die als Ansicht eines nach zwölfjähriger Emigration in die Heimat zurückgekehrten Antifaschisten besonderer Beachtung wert ist. Wir veröffentlichen nachstehend die Rede Bechers im Wortlaut:

Es führt zu nichts, wenn man über die deutschen Verhältnisse urteilt, ohne sie zu kennen, und wenn man sich bei solcher Beurteilung Affekten und Ressentiments hingibt. Wir Deutsche dürfen wohl heute zwei Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen, verlangen, daß man uns sachlich und nüchtern beurteilt, und daß man uns gegenüber Objektivität, Gerechtigkeit und Vernunft walten läßt.

Herr Vercors hat hier aufs Eindringlichste geschildert, welche Umvaten die Nazis in den von ihnen okkupierten Ländern begangen haben und hat in erschütternder Weise der Millionen Opfer gedacht, die dem Hitlerkrieg zum Opfer gefallen sind. Das, was Herr Vercors sagte, ist die Wahrheit. Und dieser furchtbaren Wahrheit haben wir Deutsche, die gegen Hitler standen, uns nie verschlossen. Wir haben die Untaten Hitlers in Wort und Schrift gebrandmarkt und haben nicht zuletzt auch durch unser Verhalten und unsere Handlungen der Hitlerherrschaft Widerstand geleistet. Was Herr Vercors sagte, ist die Wahrheit, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, daß auch hunderttausende Deutsche dem Hitlerterror zum Opfer gefallen sind, und die Welt muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß es auch in Deutschland eine Résistance gab, die auch damals fortgesetzt wurde, als Hitler auf dem Höhepunkt seiner Macht stand und nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen Teilen der Welt als unbesiegt betrachtet wurde. Wobei nicht vergessen werden soll, daß seit Ende des ersten Welt-

krieges Tausende deutscher Arbeiter gefallen sind im Kampf gegen die Reaktion, bevor diese Hitler zur Macht verhalf. Es sind nicht nur Ossietzky und Mühsam, die unter den Schriftstellern dem Hitlerterror zum Opfer gefallen sind, und wenn ich die Namen Bonnhöfer, Haushofer und Kuckhoff nenne, die ihrer aufrichtigen Gesinnung wegen hingerichtet wurden, so erschöpft sich auch in diesen Namen nicht der Widerstand, den die in Deutschland verbliebenen Schriftsteller dem Nazismus gegenüber geleistet hatten.

Die Namen, die Thomas Mann genannt hat, wären um ein Mehrfaches zu ergänzen, aber ich will Abstand nehmen, hier Namen aufzuzählen, und ihnen nur die Versicherung abgeben, daß ein deutscher PEN-Club heute in Deutschland zu bilden wäre, der voll und ganz den Richtlinien des PEN-Clubs entspricht und der nur Schriftsteller aufnimmt, die bewährt sind. Offen gesagt: es hat mich tief schmerzlich berührt, daß man die Gründung eines deutschen PEN-Clubs von einer Garantiekommision abhängig machen will. Ich finde diesen Vorschlag ebenso unsinnig wie unmenschlich. Diejenigen, die in Deutschland geblieben sind, haben jede nur irgendwie denkbare menschliche Prüfung bestanden, und mir scheint, daß diejenigen, die eine solche Garantiekommision verlangen, sich nicht im klaren darüber sind, welch furchtbarer Art diese Prüfungen waren, die diese Menschen zwölf Jahre lang unter der Naziherrschaft in Deutschland erlitten haben. Ich spreche hier zu Schriftstellern, und so darf ich wohl an Ihr Einfühlungsvermögen und Ihre Phantasie appellieren, wenn ich Sie bitte, sich vorzustellen, was es bedeutet, zwölf unendliche Jahre lang Tag und Nacht der ständigen Gefahr ausgesetzt zu sein, durch eine unbedachte Bemerkung, durch irgend eine Denunziation verhaftet und in das Konzentrationslager gebracht und ohne jede Art von Verteidigungsmöglichkeit dem Fallbeil oder dem Strang überliefert zu werden.

Es ist etwas Anderes, mit der Waffe in der Hand gegen Hitler zu kämpfen, als dem Terror in Deutschland Widerstand geleistet zu haben, der ja nicht nur mit massiven Mitteln, sondern auch mit den raffiniertesten Propagandamethoden, der Dürperung und der Verführung arbeitete. Wie gesagt, es erscheint mir ebenso unsinnig wie unmenschlich, solche Menschen unter Kontrolle zu stellen. Sie haben das Recht auf unser vollstes Vertrauen, man muß ihnen ohne Einschränkung die Vollmacht erteilen, in Deutschland wieder den PEN-Club ins Leben zu rufen.

Herr Vercors hat gesagt, man solle mit der Gründung eines deutschen PEN-Clubs warten, bis ein neues freihetliches Deutschland entstanden ist. Ich muß dieser Ansicht widersprechen. Denn damit ein neues freihetliches Deutschland entstehen kann, müssen vor allem die demokratischen Kräfte in Deutschland unterstützt werden. Man muß ihnen die Möglichkeit geben, sich zusammenzufinden, um mit den freihetlichen Kräften des Auslandes in Verbindung zu treten. Man muß die demokratischen Kräfte in Deutschland ermutigen und nicht immer wieder durch ein ganz und gar unangebrachtes Mißtrauen entmutigen. Wir leben in Deutschland in einem zermürbenden Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, und wir haben oft den Eindruck, auch nach Abschluß der Kriegshandlungen würde der Krieg fortgesetzt werden mit anderen Mitteln. Aber auf jeden Fall ist ein einigermaßen erträglicher Friedenszustand noch nicht erreicht. Im Interesse eines kommenden, dauerhaften Friedens bitten wir Sie — aber ich glaube, wir dürfen es sogar fordern —, daß so rasch wie möglich die freihetlich-demokratischen Kräfte in Deutschland in Verbindung gebracht werden mit dem internationalen Leben, und eine solche Verbindung kann und muß auch der PEN-Club schaffen.

Ich hatte nicht die Absicht, hier zu sprechen, und ich wollte mich mit der Rolle des Beobachters, die mir zugewiesen war, bescheiden. Aber die Rede Vercors hat mich nicht schweigen lassen, um nicht mitschuldig zu werden an einer ungerechten Behandlung der in Deutschland verbliebenen Schriftsteller, und

so hielt ich mich für verpflichtet, der ich zwölf Jahre in der Emigration war und seit zwei Jahren wieder in Deutschland lebe, Zeugnis abzulegen von dem heldenmütigen Märtyrertum derer, die innerhalb Deutschlands dem Uebel widerstanden haben. Lassen Sie mich diese kurzen Ausführungen, auf die ich mich nicht vorbereitet habe, schließen mit einem Wort des größten Schweizer Dichters, denn das Wort Gottfried Kellers über Deutschland hat auch heute noch seine Gültigkeit: „Denn ich erkannte, ja, du bist ein Grab, jedoch ein Grab voll Auferstehungsdrang.“

Käthe Kollwitz

Geboren am 8. Juli 1867

Wäre Käthe Kollwitz nicht ein Opfer der Zeit geworden, als das sie im Frühjahr 1945 vereinsamt und des Notwendigsten entbößt starb, so hätte die große Künstlerin am 8. Juli ihren achtzigsten Geburtstag erlebt. In unserem an dem leidvollen Erbe des Nationalsozialismus schwer tragenden Deutschland wäre sie Gegenstand der Verehrung und der Liebesbeweise all der vielen, für deren Befreiung sie ein unvergleichliches Lebenswerk geschaffen hat. In Königsberg geboren wurde die Kollwitz, deren zeichnerisches Talent früh entwickelt war, schon als Mädchen von den großen sozialistischen Gedanken der Menschheitsbefreiung beeinflußt. Nach Jahren der künstlerischen Ausbildung heiratete sie einen Berliner Armenarzt. Hier — in Begegnung mit dem durch Menschen verschuldeten unaussprechlichen Jammer — fühlt sie ihre Begabung als Auftrag, dem sie durch ein arbeiterfühlendes Leben gerecht zu werden versucht. Groß ist die Zahl der von ihr gezeichneten Blätter und Blattfolgen (Weber, Bauernkrieg, Krieg, Proletariat), der Skizzen und Plakatentwürfe, die alle über eine ergreifende Kritik der menschlichen Gesellschaft hinaus den heilsamen und wendenden Aufruf zur Brüderschaft aller Gequälten enthalten. Lebte sie noch, sie wäre das, was sie immer war — in der bedrückenden Enge der wilhelminischen Ära, in den Jahren später Anerkennung durch die Republik, in den dunklen 12 Jahren der Verfernung und Verfolgung — unsere Kollwitz.

Gaststätten für Werktätige

Freiburg. Unter den heutigen Ernährungsschwierigkeiten muß ein besonderes Augenmerk auf die Berufstätigen gerichtet werden...

Die kritische Gesamtlage wird in den Gaststätten noch dadurch erschwert, daß die Aufträge des Badischen Staatskommissars für Ernährung erst Mitte oder wie es meist der Fall ist, sogar erst Ende des Monats bekanntgemacht werden.

Wir schlagen deshalb vor, daß in den Städten je nach der Einwohner- bzw. Werkstätigenzahl Gaststätten bestimmt werden, welche zu verpflichten sind...

Je nach ihren nachzuweisenden Essenteilnehmern sind derartigen Betrieben Vorschubberechtigungscheine für den Bezug von Lebensmitteln auszuhandigen.

Ferner sind jene Gaststätten, welche sich wirklich bemühen, den Bedürfnissen ihrer Kostgänger Rechnung zu tragen, auch zu berücksichtigen bei der Verteilung von Freibankfleisch.

Ist das Ernährungsministerium bereit, diese Vorschläge zu berücksichtigen und im Interesse der auf Gaststätten angewiesenen Bevölkerung in diesem Sinne zu handeln?

Kommunistische Partei Freiburg/Brg.

Sind Sie Jude? / ... will die Post wissen

Ein Mann, der irgendwo im Schatten des badischen Schwarzwaldes lebt, gedachte sich dem Genuß des Rundfunkhörens hinzugeben...

Dem zuständigen Postamt ist nämlich laut vordrucktem Wortlaut des Antragsformulars unter schriftlich u. a. folgendes zu beteuern:

„Ich versichere, daß weder ich noch die sonstigen mit mir in Wohnungsgemeinschaft lebenden Personen

- 1. Juden oder jüdische Mischlinge sind oder als Juden gelten.
2. rückständige Rundfunkgebühren der Deutschen Reichspost schulden.
3. wegen Schwarzhörens oder Schwarzsendens in ein noch nicht abgeschlossenes Verfahren verwickelt sind.

Der Antragsteller hat, wenn er diese Versicherung mit seinem Namen unterzeichnet, auch das Datum hinzuzufügen...

er bei der Ausfertigung eines Zeitdokumentes mitgewirkt habe.

Wir sind nun zwar überzeugt davon, daß die Oberpostdirektion Freiburg, als zuständige Aufsichtsbehörde, von dieser Entgleisung eines allzu selbständigen kleinen Postamtes nichts ahnt...

Aber — wie sang doch zu Großvaters Zeiten in jener Operette die „Christel von der Post“ so treffend: „Denn bei der Post geht's nicht so schnell“

Freiburger Chronik

Vor dem früheren Bertoldsgymnasium werden zur Zeit 12 Behelfsläden gebaut. Von diesen sind bereits 6 als Einzelbauvorhaben ihrer Auftraggeber in Angriff genommen worden...

Zur Errichtung einer städtischen Bücherstube und Leihbücherei für ausländische Bücher und Zeitschriften wurden vom Stadtrat 20.000 Mark bewilligt...

Der Kostenvorschlag für den Ausbau der beschädigten Gebäude der ehemaligen Artilleriekaserne zu Familienwohnungen wurde vom Stadtrat einstimmig angenommen...

Um den Werktätigen Gelegenheit zu bieten, nach der Arbeitszeit nach Feierabend das Freibad Hebsack zu benutzen, soll in Kürze das Bad statt wie bisher um 17 Uhr, erst um 20 Uhr seine Pforten schließen.

Aus der letzten hiesigen Briefmarkenversteigerung gingen 92.000 RM ein, die der Hilfstelle für Fliegergeschädigte überwiesen wurden.

Sorgenkind Straßenbahn

Freiburg. Im Monat Mai dieses Jahres hat die Städtische Straßenbahn nicht weniger als 95.850 Personen befördert — ohne die Angehörigen der Besatzungsmacht...

Die alten Straßenbahnwagen, 46 an der Zahl, haben zwei Arten von Bremsen, eine Strom- und eine mechanische Bremse...

Die durch den Fliegerangriff beschädigten Wagen wurden zwar wieder instand gesetzt, aber die Motoren dazu fehlen. Die Lage im Publikumsverkehr hat sich gegenwärtig derart zuspitzt, daß die Polizei eingreifen mußte...

Die durch den Fliegerangriff beschädigten Wagen wurden zwar wieder instand gesetzt, aber die Motoren dazu fehlen. Die Lage im Publikumsverkehr hat sich gegenwärtig derart zuspitzt, daß die Polizei eingreifen mußte...

Überlastung ihres Wagens haftbar gemacht wurden. In der Zwischenzeit hat sich manches geändert, Polizei und Straßenbahnpersonal arbeiten Hand in Hand...

Verkehr auf der Schauinslandbahn

Freiburg. Der Stadtrat befafte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Verlängerung der Fahrzeiten bei der Schauinslandbahn...

Hinterzarten. An der Wiederherstellung der zerstörten Ravnabricks arbeiten zur Zeit 140 Mann in doppelter Schicht. Die Arbeiten sind soweit gediehen, daß die Fertigstellung noch vor Einbruch des Winters erfolgen kann.

An die italienischen Staatsangehörigen

Die Militärregierung gibt bekannt: Alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die am 8. September 1943 den italienischen Land-, Luft- und Seestreitkräften angehört haben...

Evviso per gli Italiani

Tutti gli ex-prigionieri di guerra che alla data dell'8. Settembre 1943 si trovavano alle armi (Esercito — Marina — Aviazione) e che all'atto della liberazione della prigionia sono rimasti in Germania...

Amthliche Bekanntmachung

Der Meldepflicht unterliegen alle ehemaligen deutschen Offiziere, Offiziersanwärter und ihnen rangmäßig gleichgestellte Beamte und Angestellte der ehemaligen deutschen Wehrmacht...

Suchdienst

Wer kann Auskunft geben über: Soldat Eberhard Schöller, geb. 22. 1. 1901, Feldpost-Nr. 26 222. Letzter Standort Hauptverbandsplatz Kischinev? Soldat Eberhard Schöller, geb. 8. 12. 1925, Feldpost-Nr. 18 093.

Stellenangebote

Perfekte Stenotypistin auf sofort bei günstigen Bedingungen gesucht. Bewerbungen erbittet Südwest-Verlag e.GmbH., Offenburg (Baden), Hauptstr. 115.

Photo-Laborant(in) tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten per sofort gesucht. Bewerber, die an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind, wollen Angebot mit Zeugnisabschriften richten an Photo Carl Falst, Schramberg, Hauptstraße 14 (Schwarzwald).

Gesucht: 1 Dolmetscher u. Übersetzer, der die franz. Sprache in Wort und Schrift sowie die Schreibmaschine beherrscht. (männliche od. weibliche Kraft) Eisenbahn-Betriebsamt Freiburg Schneulinstr. 2. (32-471)

Spitzendreher, tüchtige, gelernte, laufend von Maschinenfabrik gesucht. Rieter-Werke, Dipl.-Ing. Walter Händle K.G., Konstanz.

Selbständige Töpfer und Einleger mit allen in der Haushalts-Geschirr-Branche vorkommenden Arbeiten vertraut, sowie Freihanddreher (Dreherinnen), erste Kräfte im Drehen und Brennen in modernen Elektroöfen für Feinkeramik-Unternehmen in der Nähe Bremens gesucht.

Mädchen, ev., fleißig u. ehrl. bis 40 J., heimatlos, auch Flüchtling, in kl. Geschäftshaushalt nach Horb a. N. für sofort in Dauerstellung gesucht, da Hausfrau schonungsbedürftig. Gute Kost u. Behandlung. Angebote unter H. 509 an Anz.-Vermittl. Günter Mühl, 14b Freudenstadt.

Die obgenannten Personen werden nochmals aufgefordert, soweit sie bisher ihrer Meldepflicht beim Statistischen Amt der Stadt Freiburg i. Br. nicht nachgekommen sind, sich unverzüglich unter Vorlage ihrer Personalausweise und Entlassungspapiere zu melden.

Dieser Meldepflicht haben auch diejenigen Personen der obgenannten Dienstgrade usw. nachzukommen, die bereits im Besitz einer „Fiche signalétique“ sind.

Statistisches Amt der Stadt Freiburg i. Br.

betr. Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung. Sämtliche Personen, Institutionen, Körperschaften, private und öffentliche Institute, welche Forschungen wissenschaftlicher oder technischer Art durchführen oder fortzusetzen wünschen...

Meisterprüfungen 1947. Die Meisterprüfungen für das Jahr 1947 bei der Handwerkskammer Freiburg i. Br. werden von Oktober d. Js an durchgeführt.

Verkäufe

Radio 3. Röhren Wechselstrom im Auftrag an Meistbietenden zu verkaufen. Angebote unter Nr. 18-110 an die Geschäftsst. UNSER TAG Emmendingen.

Kaufgesuche. „Schullifra von Baden“ von J. Neuburger zu kaufen gesucht. Angebote an Rudolf Birkholz, Emmendingen, Hochbergstr. 5.

Pferd für leichte Fuhrgeschäfte zu kaufen gesucht. Angebote erbeten u. Nr. 333 an UNSER TAG, Offenburg, Postf. 361.

Rau-Verkauf. Eine gr. Wohnzimmer-Wanduhr, neuwertig und 1 Paar Damenstiefel Gr. 36 neu, im Tausch abzugeben. Angebote unter Nr. 18-111 an die Geschäftsstelle UNSER TAG, Emmendingen.

Verschiedenes. Aus beson. Anlaß erbitten wir sof. Anschriften von am Export interess. od. bereits lieferfäh. Herstellern u. Handelsunternehmungen.

Gebrauchs- und Geschenkartikel an Groß- u. Einzelhandel lieferbar. Angebote unter C 1447/8 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br.

Geschäftsanzeigen

Leipzig Herbstmesse 1947 vom 3.-7. Sept. Aktuelle Messe-Berichterstattung über Angebote und Neuheiten sämtlicher Aussteller Ihrer Branche.

Schallplatten. Gegen Vorabgabe von alten Schallplatten erhalten Sie demnächst neue Telefunken-Platten. Näheres im Musikhaus Ruckmich, jetzt wieder Bertholdstr. 15.

Brot- und Kinderkörbchen (Furnier) an Einzelhandel lieferbar. Angebote unter B 1447/8 an OBANEX, Anz.-Exp., Freiburg i. Br.

Einzelhandel! Orangen-, Vanillin-, Cherry-Brandy-, Marzipan-, Zimt-, Bittermandel-, Haselnuß-, Honig-Backaroma können bei Emballagestellung kurzfristig geliefert werden.

Ein Bild, wie es sein soll, das liefert FOTO KNOLL. Entwickeln, Abzüge, Vergrößerungen und Fotokopien. FOTO KNOLL, Groß-Labor, 14b Pfalzgrafenweiler 114

Anträge zum Parteitag

Das Sekretariat des Landesvorstandes der KP teilt mit: Alle Anträge der Ortsgruppen und Kreisorganisationen zu unserem 2. Parteitag müssen bis Montag, 21. Juli, schriftlich beim Landesvorstand der KP, Freiburg, Vaubanstr. 12, eingereicht sein...

Von der Arbeiterwohlfahrt

Freiburg. Die Arbeiter-Wohlfahrt hat zur Zeit zwei Küchen im Betrieb, die an ca. 600 alleinstehende Werktätige Essen ausgeben. Eine davon befindet sich im Gewerkschaftshaus am Schwabentorplatz...

Mitteilungen der KP Freiburg

Genossen, wir rüsten zum Parteitag

Einladung zur Generalversammlung: Betriebsgruppe Rhodiaseta: Mittwoch (heute), 9. Juli, 20 Uhr, Vaubanstr. 12. Stadteil Stühlinger: Donnerstag, 10. Juli, 20 Uhr, Restauration Stühlinger.

Vormerken! Samstag, 13. Juli. Kreisdelegiertenkonferenz im Wirtschaftsraum des Gewerkschaftshauses, Schwabentorstr. 1. Meldet sofort die gewählten Delegierten zwecks Ausstellung der Mandate!

Jugendgenossen! Unser politischer Bildungsabend fällt in dieser Woche aus. Die Jugendgenossen sind zur Kreisdelegiertenkonferenz als Gäste eingeladen.

chen Zeit. Der Alleinstehende muß zunächst einen Antrag stellen, der über die Freiburger Nothilfe geht, dort begutachtet und dann der Arbeiterwohlfahrt zugewiesen wird.

Freiburg. Der Bund der Fliegergeschädigten in Baden veranstaltet am Samstag, 12. Juli, 20 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Maria-Hilf-Saal...

Bekanntmachung betr. Stromsperrstunden für Dreschanlagen. Wegen der augenblicklich angespannten Lage in der Elektrizitätsversorgung ist es ab sofort verboten, in der Zeit von 10.30-12.30 Uhr elektromotorisch angetriebene Dreschanlagen in Betrieb zu nehmen.

Bekanntmachung des Landratsamts Emmendingen. Die Gemeinde Weisweil hat Antrag auf Eröffnung des Feststellungsverfahrens für einen neuen Straßenplan gem. Bad. Ortsstatutgesetz von 1908 eingereicht.

Stellenausschreibung der Stadt Lahr. Im Städtischen Gaswerk Lahr ist die Stelle des Gaswerkmeisters neu zu besetzen. Verlangt werden umfangreiche praktische und theoretische Kenntnisse als Gaswerkmeister.

Freiburger Veranstaltungen

Städt. Bühnen Freiburg. Casino: 9. Juli, 20 Uhr: 8. Sinfoniekonzert.

Harmonie-Lichtspiele. Nur noch bis Donnerstag. Die Vergeltung. 2. Teil und Ende des großen romantischen Filmwerks.

Der weiße Traum. Eine glitzernde, schillernde Eisrevue mit Oly Holzmann, Wolf Albach-Retty und Karl Schäfer mit seinem Eisballett.

Friedrichsbad-L'spiele. Bis einschl. Donnerstag, 10. Juli: Stürmischer Lebensabend in deutscher Sprache.

Union-Theater. Nur noch bis Donnerstag. Ich bin gleich wieder da. Ein Filmduett mit Paul Klingner, Mady Rahl, Ursula Grabley, Rudolf Platte.

Liebesbriefe. Ein herzlich fröhlich gelauter Film mit Hermann Thimig, Käthe Haack, Paul Hubschmid und Bruni Löbel.

Fliegergeschädigte! Samstag, 12. Juli, 20 Uhr, Mariahilf, Zäusiusstraße 109, spricht Oberschulrat Bausler, MdL., Stuttgart, Vorsitzender des Bundes der Sparer und Fliegergeschädigten über Lastenausgleich und Wiederaufbau.